



Hauptmitglied im Gründungsausschuss



Dr. Bettina Schiffer

(Berufsverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe | BLGS)

Kinderkrankenschwester für pädiatrische Intensivpflege
Dipl. Pflegepädagogin (FH)
promovierte Pflegewissenschaftlerin

Derzeit tätig als Schulleiterin am Bildungszentrum Gesundheit
Rhein Neckar GmbH.

Wichtige berufliche Stationen:

- Leiterin der Akademie für Gesundheitsberufe im Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz
- Leiterin verschiedener Weiterbildungen der Akademie für Medizinische Berufe
- Qualitätsmanagementbeauftragte der Akademie für Medizinische Berufe
- Leiterin der Gesundheits- und Kinderkrankenpflegeschule der Akademie für Medizinische Berufe des Uniklinikums Freiburg
- Ausbildung zur Kinderkrankenschwester mit einer anschließenden Weiterbildung pädiatrische Intensivpflege
- Mitglied der AG Prüfung des Sozialministeriums und des BLGS sowie ehrenamtliche Tätigkeit in diversen Kommissionen des Sozial- und Kultusministeriums
- Vorstandsmitglied des BLGS

Warum engagiere ich mich im Gründungsausschuss?

Ich setze mich seit Jahren aktiv für die Errichtung der Landespflegekammer ein und freue mich daher, dass wir nach der langen Zeit der Ungewissheit und des Wartens den Auftrag erhalten haben, die Landespflegekammer Baden-Württemberg aufzubauen. Mit der Errichtung der Pflegekammer haben wir professionell Pflegenden erstmals die Möglichkeit, die Zukunft der Pflege auf politischer Ebene mitzugestalten – zur Verbesserung der Gesundheit und des Wohlbefindens der Bevölkerung.

Ich bin davon überzeugt, die vielen Probleme unserer Profession lassen sich nicht an der Basis oder allein von dort ausgehend lösen. Dies wurde schon lange vergeblich versucht. Vielmehr sind Veränderungen der Rahmenbedingungen, in denen Pflegearbeit stattfindet, die Ausübung einer exzellenten pflegerischen Versorgung sowie die nachhaltige Zuordnung pflegerischer Aufgaben nur durch Entscheidungen auf politischer Ebene zu erreichen. Hierzu müssen wir Pflegenden an politischen Diskursen über pflegerelevante Themen teilnehmen und dadurch an der Entscheidungsfindung mitwirken. Die Mitsprache bei politischen Entscheidungen können weder die Pflegeverbände noch die Gewerkschaften umfassend wahrnehmen, da sie das Mandat dafür nicht vom Staat erhalten können. Dafür benötigt es eine Pflegekammer.

